

## Wenn Rechtspopulismus als Liberalismus verkauft wird Francesco Garita

---

Liberalismus galt lange als Bollwerk gegen autoritäre Tendenzen, als Garant für persönliche Freiheiten und wirtschaftliche Selbstbestimmung. Doch in den letzten Jahren hat sich der Ton verändert: Plötzlich klingen vermeintlich liberale Stimmen nach populistischer Rhetorik, bedienen sich Begriffen, die noch vor einem Jahrzehnt klar der extremen Rechten zuzuordnen waren, und übernehmen deren Feindbilder. Wie konnte es so weit kommen? Ist der Liberalismus durchlässiger für autoritäre Denkmuster, als seine Vertreter wahrhaben wollen? Und was bedeutet es, wenn ein politisches Spektrum, das einst für die Verteidigung demokratischer Werte stand, heute die Argumente derer übernimmt, die diese Werte infrage stellen? Dieser Essay beleuchtet die Mechanismen hinter dieser ideologischen Verschiebung.

Besonders deutlich wird dies in der Migrationsdebatte. Während Liberale einst eine rationale Steuerung mit fairen Zugangsregeln forderten, haben sie sich mittlerweile einer Rhetorik angenähert, die Begriffe wie „Masseneinwanderung“ oder „Sozialtourismus“ nutzt – Worte, die ursprünglich aus dem rechtsextremen Lager stammen. In der FDP fordern Politiker Kürzungen für Geflüchtete mit Argumenten, die kaum noch von AfD-Positionen zu unterscheiden sind. Unternehmerlobbyisten sprechen von „ungesteuerter Zuwanderung“, obwohl die Realität stark reguliert ist. Das Muster ist klar: Migration wird nur noch dann positiv betrachtet, wenn sie wirtschaftlichen Nutzen bringt. Sobald soziale Sicherungssysteme ins Spiel kommen, wird ein altbekanntes Feindbild bedient: der angeblich „schmarotzende Fremde“. Dies ist eine bewusste Verschiebung des Diskurses – und eine gefährliche.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in der Wahrnehmung des Staates. Während Liberale früher einen effizienten, aber funktionierenden Staat befürworteten, ist heute zunehmend von einem „Deep State“ die Rede, von einer Bürokratie als „Krebsgeschwür“ oder gar von einer „staatlichen Lenkung durch linksgrüne Ideologen“. Diese Entwicklung war besonders in der Corona-Pandemie sichtbar, als Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheit als „Zwang“ und Wissenschaftler als Teil einer „Propaganda-Maschine“ diffamiert wurden. Gleichzeitig wird unter dem Deckmantel der Wirtschaftsfreundlichkeit vor angeblich „übergriffigen“ Sozialausgaben gewarnt, während Unternehmen weiterhin Steuersenkungen erhalten. Der Staat wird nicht mehr als Instrument der Gesellschaft betrachtet, sondern als Bedrohung, die eingeschränkt oder gar „zurückgedrängt“ werden muss – eine Rhetorik, die sich nahtlos in rechtspopulistische Diskurse einfügt.

Auch die Elitenkritik, einst ein Kernanliegen der Aufklärung, ist inzwischen zu einem populistischen Kampfbegriff verkommen. Liberale, die sich früher für faktenbasierte und pluralistische Debatten einsetzten, bedienen sich heute zunehmend einer Rhetorik, die „abgehobene Eliten“ als Feinde des „wahren Volkes“ darstellt. Ein Beispiel hierfür ist die Diffamierung öffentlich-rechtlicher Medien als „Staatsfunk“, die den Eindruck erwecken soll, es gäbe keine unabhängige Berichterstattung mehr. Der britische Ex-Premier Boris Johnson nutzte den Brexit-Diskurs, um sich als „Stimme des Volkes“ gegen Experten und Medien zu inszenieren. Das ist eine klassische populistische Strategie: Die Welt wird in „wir“ und „die da oben“ geteilt, anstatt sich

mit realen Herausforderungen und der Komplexität politischer Prozesse auseinanderzusetzen.

In der Wirtschaftspolitik zeigt sich dieselbe Dynamik. Während Liberale einst Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Lösungen betonten, wird Sozialpolitik heute zunehmend als „staatliche Zwangsumverteilung“ abgetan. In der Debatte um das Bürgergeld war die Rede von „Arbeitsunwilligen“, obwohl die Mehrheit der Empfänger aufstockende Arbeiter sind. Gleichzeitig fordern bestimmte Politiker Steuererleichterungen für Wohlhabende mit der Begründung, dass nur so „Leistungsträger“ motiviert werden könnten. Doch anstatt für Chancengleichheit zu kämpfen, setzen vermeintlich liberale Kräfte zunehmend auf die Legende des „hart arbeitenden, ehrlichen Bürgers“, der sich gegen den vermeintlichen „Faulenzer“ verteidigen müsse – eine direkte Parallele zur Sozialdarwinismus-Rhetorik vergangener Jahrhunderte.

Noch gravierender ist die schleichende Normalisierung autoritärer Lösungen. Liberale galten einst als Gegner staatlicher Eingriffe und als Verteidiger individueller Freiheit. Heute jedoch legitimieren sie autoritäre Maßnahmen unter dem Vorwand der „Ordnungsnotwendigkeit“. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron setzt rigorose Polizeigesetze durch, die bürgerliche Freiheiten einschränken. In Deutschland gibt es zunehmend Forderungen nach „mehr Ordnung“ bei Protesten, was in Wahrheit ein indirekter Angriff auf Versammlungsrechte ist. Die Angst vor Chaos und Kontrollverlust wird genutzt, um demokratische Freiheitsrechte einzuschränken – und viele sogenannte Liberale applaudieren.

Es zeigt sich eine klare Dynamik: Der vermeintlich liberale Diskurs ist durchzogen von rechtspopulistischen Mustern, die autoritäre Strukturen begünstigen. Wenn diese Entwicklung nicht bewusst hinterfragt und gestoppt wird, wird der Liberalismus zu einem bloßen Feigenblatt für reaktionäre Politik. Wer die Sprache der Rechten übernimmt, öffnet autoritären Konzepten Tür und Tor. Die zentrale Frage bleibt: Wann beginnt der Widerstand? Wann erkennen die Liberalen selbst, dass sie längst nicht mehr für Freiheit kämpfen, sondern für ihre eigene schleichende Unterwerfung?